

# Monetative Austria e.V.

Verein zur Förderung der Vollgeldidee

Herrn

Prof. Dr. Ewald Nowotny

Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Otto Wagner Platz 3

A 1090 Wien

Re: Vollgeldidee, Angebot einer Zusammenarbeit

18.5.2017

Sehr geehrter Herr Gouverneur Dr. Nowotny!

Wir wenden uns an Sie als Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank. Nationalbanken sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Leider können sie dieser Verpflichtung immer weniger nachkommen. Ursache, so unsere These, ist ein institutionelles Versagen. Dieses liegt daran, dass die Geldschöpfung, ein Vorrecht der Zentralbank, inzwischen fast völlig an die Geschäftsbanken gefallen ist. Das ist in mehrfacher Hinsicht höchst bedenklich und gefährlich. Die Geldschöpfung durch Geschäftsbanken verletzt den Gleichheitsgrundsatz und höhlt die Steuerungsmöglichkeiten der Wirtschaft durch den Souverän aus.

Impulse zu einem Nachdenken über ein geeignetes und passendes System der Geldschöpfung kommen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, derzeit weder aus den Nationalbanken noch aus den etablierten Wissenschaften. Das ist bedauerlich. Sie kommen aber aus einer inzwischen weltweit sich organisierenden Vollgeldbewegung, die die Sorge um ein funktionierendes Geld- und Finanzsystem produktiv in zukunftsweisende Vorschläge und Konzepte umsetzt. Die Monetative Austria ist Teil dieser Bewegung (International Movement for Monetary Reform = IMMR).

Wir schlagen die Einführung eines Vollgeldregimes vor, von dem wir glauben, dass es den Funktionsanforderungen einer modernen, dynamischen Wirtschaft entspricht. Es würde u.a. folgende Vorteile mit sich bringen:

Monetative Austria  
A 3001 Mauerbach/Wien  
office@monetative.at

IBAN: AT22 6000 0102 1031 6561  
BIC: BAWAATWW

1. Die Vermeidung hypertropher Entwicklungen im Finanzsystem. Die Geschäftsbanken würden selbsterzeugtes Geld nicht mehr zur Aufblähung ihrer Bilanzen einsetzen können. Unter Vollgeldbedingungen würde sich die Stabilität des Geld- und Finanzsystems wesentlich verbessern. Größere Finanzkrisen könnten vermieden werden.
2. Der Staat würde sich Mittel sparen, die er sonst zur Rettung des Finanzsystems aufbringen müsste.
3. Eine jährliche Mehreinnahme aus dem Geldschöpfungsgewinn von mindestens €3-4 Mrd. pro Jahr für Österreich, die dem Staatshaushalt zufließen können. Damit können auch Steuern gespart werden.
4. Hohe, wenn auch über etliche Jahre verteilte Seigniorage im Zuge des Übergangs vom jetzigen Geldsystem auf das Vollgeldsystem. Diese einmal anfallende Seigniorage würde sich schätzungsweise auf 60% der derzeit bestehenden österreichischen Staatsschuld belaufen.
5. Das Vollgeldsystem entspricht dem Gleichheitsgrundsatz – Geldschöpfung soll nur dem Souverän, nicht aber Privaten erlaubt sein.
6. Es verringert daher auch die Schuldbelastung in einer Wirtschaft, weil die Zentralbank der Wirtschaft die nötige Geldmenge als Geschenk zur Verfügung stellen könnte. (Sie könnte sie via Exekutive (Staatsausgaben) in die Wirtschaft injizieren.)
7. Auch die Konjunkturpolitik würde effektiver werden, da geschöpftes Geld 1:1 in effektive Nachfrage umgesetzt werden kann.
8. Das Vollgeldkonzept verstärkt die Grundsätze einer liberalen Gesellschaft. Die Geldschöpfung läge beim Souverän. Die Geldverwendung – Kauf von Gütern, das Kredit-Investmentgeschäft – bei selbstverantwortlichen Wirtschaftssubjekten. Das Bankengeschäft wäre weiterhin frei und dezentral. Banken würden nur mehr Geld „vermitteln“ und Vermögensgeschäfte betreiben, aber nicht mehr selbst Geld erzeugen können.
9. Unter einem Vollgeldsystem wäre der EURO nicht in eine derartige Schiefelage geraten. Vollgeld könnte entscheidend zur Rettung und Stabilisierung unserer Gemeinschaftswährung beitragen.
10. Gegenwärtig müssen Unsummen von Geld in das Finanzsystem geschüttet werden, mit der Folge, dass das Verhältnis von Geldvermögen zu BIP weiter ansteigt. (Wie Studien zeigen, war die Politik nicht in der Lage, ein Deleveraging zu erreichen.) Unter Vollgeldbedingungen könnte man mit der Ausdehnung der Geldmenge sowohl die Ausweitung der effektiven Nachfrage wirksam durchsetzen (positiver konjunktureller Effekt) als auch die reale Schuldenlast durch Sicherung einer hinreichend hohen Inflationsrate – angepeilt aber nicht erreicht sind 2%. – reduziert werden.

Der Gefahr des politischen Drucks auf die Zentralbanken müsste durch entsprechende gesetzlich-institutionelle Vorkehrungen vorgebeugt werden. So schlägt die inzwischen in mehr als 25 Ländern aktiv gewordene Vollgeldbewegung vor, der Zentralbank den Status einer unabhängigen Vierten Macht im Staat zu verleihen. Die Gefahr eines unziemlichen politischen Drucks schätzen wir in einem

ordentlichen Staat niedriger ein als die Gefahr, die von der systemischen Insuffizienz des fraktionalen Geldschöpfungssystems ausgeht. Die Finanzmärkte haben die Finanzministerien und Zentralbanken längst in ihre Geiselhaft genommen. Die „Verhaberung“ von Staat, Parteien und Banken ist aus der Perspektive der modernen Bürgergesellschaft unerträglich. Eine Bürgergesellschaft beruht darauf, dass Staat und Privatwirtschaft je ihre Aufgaben erfüllen können.

Das Vollgeldkonzept vereint alle Vorteile einer metallischen Währung, ohne jedoch deren Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Jeder Geldbedarf kann gedeckt werden. (Geld kann beliebig „nachgedruckt“ werden.) Die Geldmenge kann vom Souverän gesteuert werden. Weitere Vorteile finden Sie auf unserer Webseite: [www.monetative.at](http://www.monetative.at).

Unseres Erachtens steht der Übergang zum Vollgeldsystem seit langem an. Er ist vergleichbar dem, den das System der Geldschöpfung schon im 19. Jahrhundert durchmachte, als die Ausgabe von Banknoten durch einzelne Geschäftsbanken unterbunden und einer zentralen Notenbank übertragen wurde. Im 21. Jahrhundert würde es darum gehen, das Bankengiralgeld in Vollgeld zu verwandeln, das Nebeneinander zweier Geldkreisläufe zu beenden und damit den Zahlungskreislauf vom Kreditgeschäft zu trennen. *Ein* Geldkreislauf reicht. Das Finanzsystem bleibt dann immer noch gefährdet genug. Aber die Situation würde sich wesentlich verbessern.

Das heute, weltweit praktizierte Geldschöpfungssystem wird von immer mehr Experten für eine Fehlkonstruktion gehalten. Gleichzeitig legt konsequentes Nachdenken über eine zweckmäßige Geldordnung das Vollgeldkonzept nahe. Zwar kann kein der für das Vollgeldkonzept behaupteten Vorteile im Sinne naturwissenschaftlicher Beweisführung erwiesen werden, aber die zum Thema rasch wachsende Literatur zeigt, dass mit dem Wissen über das Vollgeldkonzept die Zustimmung der Wissenschaftler zunimmt.

Der Grund ist vor allem: Das Vollgeldkonzept ist einfach und entspricht ordnungspolitisch den Bedürfnissen einer „Bürgergesellschaft“. Anstatt dieses als Möglichkeit ins Auge zu fassen, nehmen Regierungen und Zentralbanken zu Maßnahmen Zuflucht, die nicht nur immer weniger greifen, je mehr die Geldschöpfung an Geschäftsbanken übergeht, sondern die auch zunehmend Kollateralschäden (Ungleichheit in der Einkommensverteilung, Ineffektivität monetärer und fiskalischer Politik, Benachteiligung der Kleinbanken, Aushöhlung der Solidargemeinschaft, usw.) nach sich ziehen.

Das Vollgeldkonzept ist zwar keine Patentlösung für alles und jedes, aber wir sehen in ihm einen notwendigen und auch im Sinne der Entwicklung des Geldwesens logischen Schritt. Es wäre geradezu fahrlässig, wenn die Option eines Vollgeldsystems nicht näher geprüft werden würde.

Auch wenn aufgrund der gemeinsamen Währung die EZB die Hauptverantwortung für die Geldpolitik trägt, appellieren wir an Sie als Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, nach weniger störanfälligen Geldordnungen zu suchen. Daher sollte die

OENB sehr wohl einen eigenen Beitrag zu einer Geldschöpfungsreform leisten bzw. wissenschaftliche Bemühungen darum aktiv mittragen und sich daran auch beteiligen.

Als Teil einer internationalen Vollgeldbewegung bieten wir Ihnen dazu unsere fachliche Kompetenz gerne an. Wir sind überzeugt, dass die Vollgeldidee an Momentum gewinnen wird, und dass die Zentralbanken danach beurteilt werden, ob sie willens und in der Lage sind, nicht nur auf Fragen aus dem Publikum sachlich und kompetent zu antworten, sondern gerade auch im Krisenfall Lösungen vorzulegen, die tragfähig sind.

Sehr geehrter Herr Prof. Nowotny: Wir suchen den Dialog mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Da Sie aus der Wissenschaft kommen, rechnen wir mit einer besonderen Aufgeschlossenheit von Ihrer Seite. Unsere Aufgabe sehen wir in erster Linie darin, einen Impuls zu diesem für die Öffentlichkeit höchst relevanten Diskurs zu geben. Wir ersuchen Sie, die Leistungsfähigkeit des Vollgeldkonzepts auszuloten und Wege einer Zusammenarbeit mit uns zu finden.

Ich ersuche Sie, sich des Themas anzunehmen und um ein Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Raimund Dietz  
Mitgründer der Monetative Austria  
Fehnerweg 5  
A 2380 Perchtoldsdorf

## **Das Anliegen wird u.a. von folgenden Bürgern/Bürgerinnen unterstützt**

Prof. Dr Joseph Huber, Gründer der Monetative Deutschland

DI Ernst Dorfner („Taxos - Initiative“)

Joe Offenböck („WienerWende.org“)

Dr Rudolf Gehring, Präsidentschaftskandidat, Generalsekretär der CPOE

Mag Doris Weigl

Robert Poth („Südwind“)

Dr Gregor Hochreiter, Ökonom, Sozialforscher

DI Georg Hanreich, Abgeordneter zum Nationalrat a.D.

Helmo Pape, Obmann Verein Generation Grundeinkommen

DI Dittmar Zoder, Vizepräsident VÖI

DI Karl-Heinz Hinrichs, Gründer der Eval Bewegung

Dr Peter Stoff, Rechtsanwalt

Dr Gottfried Höbinger, Monetative Austria

Johanna Tschautscher, Filmemacherin

DI Viktor Krammer („Staatsschulden Österreich“)

DI Manfred Leitner

Johannes Geppert (singstimme.at)

Maximilian Schachinger (Direktor, Schachinger Logistik Holding GmbH)

Elisabeth Flowers

Christian Apl, gf. Gemeinderat, Perchtoldsdorf

Dr Reinhard Schanda, Rechtsanwalt

Dr Herbert Achtsnit, praktischer Arzt

DI Benno Krenslhner, Techniker, i.R.

DI Fritz Hintermayer

DDr Elmar Kicking (Kicking Marketconsult)

Marlene Berndorfer

Stefan Rohshap, Student, Junge SPÖ.

Arch. DI Peter Bleier, Univ. Professor.

DI Thurid Aigner, MSc

Dr. Dimitar Dimitrov, Wirtschaftsforscher

Paul Wolf, Major i.R.

Barbara Winzely, Psychtherapeutin.

Martin Hlustik, Unternehmer.

Susanne Hoffmann

Genevieve Hess; Lehrerin, Psychotherapeutin.

Marianne Schallhas, Geldreformerin

Mag. Erich Erker, Banker

Josefa Maurer, Organisatorin Seminar Seitenstetten 3 / Initiative Zivilgesellschaft

Ulrich Müller

Mag. Josef Schelling; Pädagoge, Baden.

Univ. Prof. Dr. Friedrich Grimmlinger (Wien), Philosoph

Dr. Ing. Erhard Glötzl, Direktor der Linzer Stadtwerke (in (Un-)Ruhestand)

Mag. Christian Felber, Publizist, Autor: „Gemeinwohlökonomie“

Dr. Günther Hoppenberger, Life-Sense-Institut, Linz

Mag. Harald Orthaber

Katherina Kratochwill

Harald KaiserSonnenszeit

Mag. Kathrin LatschMonneta; Journalistin

Nikolaus Engleitner

Dr. Beate Blaschek, Sozialministerium

Dr. Alfred Strigl, Plenum, Direktor

Dr. Anton Winter, Publizist, Philosoph

Isolde Skrabitz, Werbe-Assistentin

Dr. Günter Auly, freier Philosoph

Ilse Kleinschuster, Aktivistin

Dr. Emmerich Seidelberger, Techniker, Pädagoge

Dr. Klaus Sambor, NGO Grundeinkommen  
Univ. Prof. Dr. Hans-Peter Lang, em. Universitätsprofessor  
Walter Steindl, Emmausgemeinschaft  
Abt. Berthold Heigl Alt-Abt Stift Seitenstetten  
Anton Maurer, Student

**Anbei finden Sie einige Literaturhinweise:**

- Binswanger, Hans C. *Die Wachstumsspirale – Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Marburg: Metropolis, 2006.
- Binswanger, Mathias. *Wie Banken Geld schaffen*. Aargauische Kantonalbank, 2016.
- Dietz, Raimund. *Ein Keynesianer schießt auf Vollgeld: Eigentor*.  
[www.monetative.at/downloads](http://www.monetative.at/downloads), 2016.
- . *Geld und Schuld - eine ökonomische Theorie der Gesellschaft*, 5. überarbeitete Auflage.  
Marburg: Metropolis-Verlag, 2016.
- Dietz, Raimund. „Monetative: Korrektur einer fundamentalen Fehlentwicklung.“  
[www.monetative.de](http://www.monetative.de), 2016d.
- . *Tausch: Stolperstein (nicht nur) der Keynes'schen Ökonomik*. 3 2017.  
[www.raimunddietz.com/downloads](http://www.raimunddietz.com/downloads).
- Felber, Christian. *Geld - Die neuen Spielregeln*. Wien: Paul-Szolney Verlag, 2014.
- Gamm, Eberhard. *Geld eine Einführung*. [www.monetative.at/download/allgemein](http://www.monetative.at/download/allgemein),  
2016.
- Glötzl, Erhard. „Die Diskussion verschiedener Geldsysteme.“  
[www.monetative.de/downloadbereich](http://www.monetative.de/downloadbereich). 5 2016.
- Gocht, Rolf. *Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung*.  
Berlin: Duncker & Humblot, 1975.
- Huber, Joseph. *Das heutige Geldsystem mit gesplittetem Kreislauf von Reserven und Giralgeld - Funktionsweise, Dysfunktionen und Ausblick*. [www.vollgeld.de/das-heutige-geldsystem](http://www.vollgeld.de/das-heutige-geldsystem), 2016.
- Huber, Joseph. *Die Keynesianische Denkwelt gegenüber Giralgeldkritik und Vollgeldreform*. Berlin: [www.vollgeld.de/ingeschraenkte-sicht](http://www.vollgeld.de/ingeschraenkte-sicht), 2015.

–. *Monetäre Modernisierung*. Marburg: Metropolis, 2013.

Huber, Joseph. „Vollgeld in der Kritik.“

<https://www.dropbox.com/s/h1hbirwin2usxuf/Vollgeld%20in%20der%20Kritik%20PDF.pdf?dl=0>. Berlin, 10 2014.

KPMG. „Money Issuance -- Alternative Monetary Systems.“ A report commissioned by the Icelandic Prime Minister´s Office, 2016.

MacFarlane, Laurie, Ryan-Colling Josh, und et. al. *Making Money from Making Money - Seigniorage in the Modern Economy*. Copenhagen Business School, 2016.

Mitchell, und Wesley C. „The Role of Money in Economic Theory.“ *The Americal Economic Review, Supplement: Papers and Proceedings*, 1916: 140-161.

Shubik, Martin. „The Theory of Money; Cowles Foundation for Research.“ In *Discussion Paper 1253*, von Economics at Yale University. 2000.

Wir verweisen auch auf folgende Webseiten: [www.monetative.de](http://www.monetative.de); [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch); [www.vollgeld.de](http://www.vollgeld.de); [www.positivemoney.org](http://www.positivemoney.org); [www.internationalmoneyreform.org](http://www.internationalmoneyreform.org)



**Von:** Weber, Beat [<mailto:Beat.Weber@oenb.at>]

**Gesendet:** Donnerstag, 8. Juni 2017 11:16

**An:** [office@monetative.at](mailto:office@monetative.at)

**Betreff:** Re: Vollgeldidee

Sehr geehrter Herr Dr. Dietz,

Mir fällt die ehrenvolle Aufgabe zu, auf Ihren Brief zum Thema „Vollgeldidee“ zu reagieren, der in der OeNB eingelangt ist. Es ist erfreulich, dass Bürgerinitiativen sich dem Gemeinwohl verschreiben, und unserer im öffentlichen Auftrag geleisteten Arbeit Interesse entgegenbringen.

Lassen Sie mich Ihrem Wunsch nach einer Auseinandersetzung mit den von Ihnen übersendeten Reformvorschlägen mit ein paar persönlichen Gedanken nachkommen, zu denen ich mir weiter auszuholen gestatte.

Eine Debatte darüber, was Geld ist und wer es ausgeben darf oder soll, erfordert zunächst eine Definition. Definiert man Geld als Bargeld, dann hat bereits heute die Zentralbank bzw. staatliche Münzprägestellen das gesetzliche Vorrecht seiner Ausgabe.

Daneben gibt es heute von Geschäftsbanken ausgegebene unbare Zahlungsmittel. Sie stellen Zahlungsverprechen dar (Ansprüche auf Bargeld), deren Ausgeber Nennwertparität zu Bargeld versprechen und die bei ausreichend Vertrauen in diese Versprechen regelmäßig parallel zu Bargeld als Zahlungsmittel Akzeptanz finden. Diese Zahlungsmittel als eine unerwünschte Bedrohung eines (bestehenden oder angestrebten) Ausgabemonopols seitens des Staates zu betrachten, ist in mehrfacher Hinsicht irreführend.

Egal, wie das Geldwesen konkret geregelt ist, und unabhängig von der Existenz von Banken, gibt es in einer dezentral organisierten Wirtschaft immer die Möglichkeit, anstelle von Bargeld auch mit einem Zahlungsverprechen zu zahlen, sofern sich die Beteiligten an der Transaktion darauf einigen und auf die Einhaltung des Versprechens vertrauen.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Forderung, die die Gläubigerpartei auf Basis eines solchen bilateralen Zahlungsverprechens erhält, auch als Zahlungsmittel an Dritte weitergereicht werden, sofern diese ebenfalls das erforderliche Vertrauen aufbringen. Mit dem Instrument des Wechsels hat sich in Europa mit dem Aufkommen des modernen Wirtschaftssystems die Zahlung per Zahlungsverprechen vor Jahrhunderten institutionalisiert und ihre Zirkulationsfähigkeit erhöht.

Im Kontext dieser Usancen gewöhnlicher Geschäftstätigkeit kann man Banken als Spezialistinnen für Zahlungsverprechen verstehen. Sie überprüfen die Kreditwürdigkeit potenzieller Schuldnerparteien und geben bei positivem Ausgang eine Garantie gegenüber Dritten ab. Wenn Banken breite Bekanntheit und geschäftliche Reputation erwerben, dann bewirkt ihre Garantie, dass Zahlungsverprechen ihrer Kundschaft ein Gütesiegel erhalten, das sie letztlich befähigt, als Zahlungsmittel allgemeine Akzeptanz zu finden. Ein Bankkredit basiert auf einem Tausch von Schuldscheinen bzw. Zahlungsverprechen: Ein Bankschuldner gibt der Bank eine Forderung gegen sich in die Hand (unterschriebener Kreditvertrag, der ein Versprechen auf verzinste Rückzahlung enthält). Im Gegenzug erhält er eine Forderung gegen die Bank: ein Guthaben, das jederzeitige Behebung von Bargeld erlaubt, oder selbst als Zahlungsmittel an Dritte weitergereicht werden kann.

Für die Bank bedeutet das Risiken (möglicher Ausfall des Kredits; mögliche Schwierigkeiten, den Kredit nach Abfluss des geschaffenen Guthabens zu refinanzieren bzw. dem Verlangen

auf Barbehebung nachzukommen; Zinsänderungsrisiko), die sie mittels der Kreditzinsen bepreist. Für die Schuldnerpartei bedeutet das, erwartetes eigenes Einkommen aus der Zukunft schon in der Gegenwart nutzen zu können - ein Zahlungsverprechen in der Hand zu haben, das viel breitere Glaubwürdigkeit besitzt als das eigene, und somit breiter als Zahlungsmittel akzeptiert wird. Dies erkaufte mit der Verpflichtung auf Zinszahlung.

Das, was unter allen Geldordnungen möglich ist – die Wahl zwischen Zahlung mit Bargeld oder mit Zahlungsverprechen – wird durch die Verbreitung von Banken professionalisiert. Diesen Prozess als „Geldschöpfung durch Banken“ zu skandalisieren, als „free lunch“, weil Banken auf den ersten Blick scheinbar ohne Gegenleistung Geldersatz in die Welt setzen, widmet dieser Dimension eines Tausches von Zahlungsverprechen und der damit verbundenen Leistung unzureichende Aufmerksamkeit. Mit der betreffenden Operation transformieren Banken Risiken und stellen damit im Zuge eines Geschäfts mit der Kundschaft eine immaterielle Leistung bereit, das von der Kundschaft gern in Anspruch genommen wird, sofern sie als nützlich erachtet wird.

Es fällt auch schwer, darin eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zu sehen (vgl. Vorteil 5 in Ihrem Brief): Es steht allen geschäftsfähigen Menschen frei, Zahlungsverprechen gegenüber Geschäftspartnern abzugeben, sofern letztere diese anstatt einer sofortigen Bargeldzahlung akzeptieren. Dass das Bankwesen einer Lizenz, Regulierung und Aufsicht unterliegt, ist der volkswirtschaftlichen Bedeutung und dem Stellenwert von Vertrauen in diesem Geschäft geschuldet, sobald die Beglaubigung von Zahlungsverprechen als systematischer Geschäftsinhalt betrieben wird. Dass Staat und Zentralbank stabilisierend eingreifen, wenn das Gesamtsystem in Schieflage gerät, bedarf freilich ständiger Überprüfung und Anpassung von Regulierung und Aufsicht, um Anreize für angemessene Risikogebahrung aufrecht zu erhalten – aus diesem Grund hat die Krise 2008/09 einen langjährigen Diskussions- und Reformprozess ausgelöst, der nach wie vor unabgeschlossen ist.

Dass individuelle Banken ihre Zahlungsverprechen in Form jeweils eigener Banknoten herausgeben (vgl. S.3 in Ihrem Brief), hat sich historisch nicht bewährt. Das Problem ist dabei nicht die Tatsache, dass es sich um nichtstaatliche Zahlungsmittel handelt, sondern dass die Fähigkeit des Publikums, Fälschungen zu erkennen, bei Parallelzirkulation einer Vielzahl von Bargeldformen leidet. Von Banken herausgegebene Zahlungsmittel haben deswegen heute unbare Form.

Zahlungsverprechen können also bei Einverständnis der Beteiligten stets anstelle von Bargeld in Zahlung gegeben werden, mit oder ohne Banken. Selbst wenn es wünschenswert wäre, Zahlung per Zahlungsverprechen zu verbieten, würde die Durchsetzung eines solchen Geldnutzungszwangs einen außerordentlichen Anstieg behördlicher Eingriffstiefe in private Transaktionen erfordern, die mit den „Grundsätzen einer liberalen Gesellschaft“ (Vorteil Nr.8 in Ihrem Brief) kaum vereinbar sein dürfte.

Dass Zahlungsmittelausgabe und Kreditvergabe heute verknüpft sind (vgl. Kritik unter Vorteil 6 in Ihrem Brief), ist kein Zufall und volkswirtschaftlich nicht unerwünscht. Geld und seine Substitute werden nicht willkürlich, voraussetzungs- und schrankenlos vom Ausgeber nach eigenem Gutdünken in die Welt gesetzt – Zahlungsmittelschöpfung ist kein Herbeizaubern von Vermögen aus dem Nichts. Das ist weder jetzt so, noch kann eine Reform so etwas herbeiführen. Vielmehr basiert sie auf einem Tausch gegen einen Gegenwert, bedarf also einer Gegenpartei und der Erfüllung von Voraussetzungen, und bedeutet in unterschiedlichem Ausmaß Risiken für den Ausgeber.

Bargeld und geldnahe Zahlungsverprechen stützen sich auf das Prinzip der Deckung durch Vermögenswerte. In einem Metallgeldsystem ist das deckende Vermögen (Edelmetall) im Bargeld selbst enthalten. In einem von Papier- und Buchzahlungsmitteln geprägten System werden die deckenden Vermögenswerte in der Bilanz des Ausgebers gehalten. In der modernen Wirtschaft, in der die Herstellung neuer Waren statt der Austausch vorgefundener Naturalien im Vordergrund steht, sind die wichtigsten Vermögenswerte nicht mehr Naturalgüter wie Gold und Silber, sondern finanzielle Vermögenswerte, also Ansprüche auf Einkommen aus wirtschaftlicher Aktivität.

Das Grundprinzip, die Ausgabe von Zahlungsmitteln an konkrete individuelle Leistungszusagen in der Zukunft (finanzielle Forderungen) zu knüpfen, ist die Regel, die eine Zunahme von Zahlungsmitteln volkswirtschaftlich an eine Zunahme wirtschaftlicher Aktivität koppelt, und damit die Kaufkraft der Zahlungsmittel stützt. Eine Umstellung der Zahlungsmittelausgabe auf monopolförmige Ausgabe ohne bilanzielle Deckung durch eine staatliche Instanz wäre dann unproblematisch, wenn der Staat Monopolanbieter sämtlicher Güter und Leistungen im betreffenden Währungsraum wäre, und die Einlösung der ausgegebenen Zahlungsmittel gegen Waren nach Wahl zu weitgehend festen Preisen verspräche. Ob jedoch in einer auf Privateigentum und privater Produktion basierenden Wirtschaft bei einer Komplett-Verstaatlichung und Aufkündigung der Deckung von Zahlungsmitteln allgemeine Akzeptanz der Währung und Preisstabilität gewährleistet bleiben können, ist äußerst fraglich. Die Mindestvoraussetzung wäre ein gewaltiger Anstieg des gesellschaftlichen Vertrauens in staatliche Behörden auf ein historisch außergewöhnliches Ausmaß. Ob die staatliche Akzeptanz der Währung als Steuerzahlungsmittel allein ausreicht, um die allgemeine Währungsakzeptanz auch nach einer solchen Reform zu sichern und ihren Wert zu beeinflussen, ist alles andere als selbstverständlich.

Nicht alle Formen wirtschaftlicher Aktivität mögen gesellschaftlich erwünscht sein. Doch der Hoffnung, ein Verbot der Zahlung per Zahlungsverprechen zugunsten zentralisierter mengenbeschränkter Ausgabe von durch den Ausgeber als wertvoll deklarierter Zahlungsmittel würde Finanzblasen und -krisen verhindern (Vorteil 1+2 in Ihrem Brief), kann nicht gefolgt werden. Durch eine Beschränkung der Menge der Zahlungsmittel infolge ihrer Monopolisierung ist - selbst wenn die erste Station ihrer Verwendung ebenfalls zentral kontrolliert würde (durch Überweisung neu emittierten Geldes an den Staat) - ihre weitere Verwendung im Zuge der Zirkulation vollkommen unbestimmt. Wie attraktiv riskante Finanzanlagen gegenüber nichtfinanziellen Investitionsmöglichkeiten sind, und in welchem Maße Mittel in die eine oder andere Form fließen, ist durch Beschränkung der Zahlungsmittelmenge nicht steuerbar. Entsprechende wirtschaftspolitische Steuerung obliegt deshalb heute primär Regulierung, Aufsicht und allgemeiner Wirtschaftspolitik, nicht einer zentral gesteuerten Mengenbegrenzung von Zahlungsmitteln.

Der Finanzsektor und sein Handel mit Zahlungsverprechen sind zukunftsorientiert und deshalb anfällig für krisenhafte kollektive Stimmungsumschwünge hinsichtlich der Einschätzung von Zukunftsaussichten. Doch letztlich ist Zukunftsorientierung ein Grundmerkmal modernen Wirtschaftens – Unternehmen investieren in der Hoffnung auf künftigen Absatz, Haushalte konsumieren und sparen im Lichte einer längerfristigen Lebensplanung, Kredite werden in Erwartung künftigen Einkommens aufgenommen etc. All diese Entscheidungen werden durch eine allfällige Beschränkung der Zahlungsmittelmenge nicht weniger enttäuschungsanfällig, und in einer arbeitsteiligen Wirtschaft können individuelle Verhaltensänderungen infolge enttäuschter Erwartungen immer gesamtwirtschaftliche Ansteckungseffekte zeitigen, und Druck auf stabilisierende Interventionen des öffentlichen Sektors erzeugen.

Die Ausrichtung des Geldsystems auf die Erzielung von staatlicher Seignorage (Vorteil 3 in Ihrem Brief) entspricht einer Zielvorstellung, die im Spätmittelalter verbreitet war und unter Wirtschaftshistorikern nicht als Erfolgsgeschichte gilt. Diese Ausrichtung war einem Mangel regelmäßiger Einkünfte des Souveräns geschuldet und hatte unangenehme Folgen für die gesamtwirtschaftliche Funktionalität des Geldsystems. Häufige Metallwertmanipulationen zwecks Einnahmenerzielung unterminierten die heimische Münzwertstabilität. Akzeptanzprobleme für staatliche Münzen und Unsicherheit im privaten Geschäftsverkehr, sowie das Aufkommen konkurrierender privater Recheneinheiten waren die Folge. In Reaktion auf diese Erfahrungen setzte sich über die Zeit ausgehend von England eine Neuregelung durch, die sowohl staatliche Einnahmen als auch das Geldwesen zu stabilisieren half: das Bürgertum akzeptierte regelmäßige Steuerleistungen im Gegenzug gegen Mitsprache bei der Aufkommensverwendung (in Form parlamentarischer Budgetkontrolle). Und der Staat delegierte die Verantwortung für das Geldwesen an die Instanz Zentralbank als Spitzeninstitut des Bankensystems, um Geld im gesamtwirtschaftlichen Interesse herauszugeben statt für staatliche Einnahmenerzielung. Geldemission erfolgte nun gedeckt durch zentralisierte Metallreserven und staatliche Schuldtitel, die wiederum die Basis eines expandierenden Marktes für private Schuldtitel bildeten. Damit wurden staatliche Bar- mit privaten Buchzahlungsmitteln in ein einheitliches System integriert, das nach Bilanzprinzipien regelorientiert war (Ausgabe von Zahlungsmitteln nur mit Gegenbuchung, Nachvollziehbarkeit), und nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet werden konnte. Eine Rückkehr zu einem vorbilanziellen, noch dazu völlig deckungsfreien Ausgabemodus und eine Ausrichtung an Seignorage-Orientierung kann vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen nicht damit rechnen, auf allgemeines Vertrauen zu stoßen.

Sofern die Gesellschaft Profite vom Banken- in den öffentlichen Sektor verschieben möchte, ist das schon heute technisch möglich durch Besteuerung, auch ohne jegliche Geldreform.

Diverse Entwicklungen im Euroraum können als krisenhaft bezeichnet werden, aber von einer „Schieflage des Euro“ zu sprechen (Punkt 9 in Ihrem Brief) ist irreführend. Von der Krise einer Währung kann gesprochen werden, wenn inländische Kaufkraft (Binnenwert) oder Wechselkurs (Außenwert) sich bedrohlich von gewünschten Zielwerten entfernen, oder die allgemeine Akzeptanz als Geld im eigenen Währungsraum erodiert, was beim Euro alles nicht der Fall ist.

Wäre Konjunkturpolitik infolge Geldreform effektiver (Vorteil 7 in ihrem Brief)? Ob ein Zahlungsmittel unmittelbar nach seiner Emission dem Staat zufließt oder an einer anderen Station im Zuge seiner Zirkulation steuerlich oder durch Anleihenausgabe abgeschöpft wird, ist für die Effektivität von Konjunkturpolitik nicht maßgeblich.

Eine Vielzahl der in „Vollgeld“-Manifesten angeführten makroökonomischen Probleme sind aus der oben skizzierten Sicht weder durch einen Fehler im Geldsystem verursacht noch verspricht eine Reform des Geldes ihre Behebung. Für das Ausmaß, in dem Wirtschaftspolitik die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in einer auf Privateigentum und -initiative basierenden Wirtschaft beeinflussen kann, sind ausreichend technische Instrumente dafür bereits vorhanden. Wirtschaftspolitik kann in einem demokratischen und in globale Zusammenhänge eingebetteten Staat allerdings nur eingesetzt werden, wenn ein ausreichender politischer (oft internationaler) Konsens über ihre Ausrichtung hergestellt werden kann, was in einer pluralistischen Gesellschaft oft eine Herausforderung darstellt.

Ich hoffe, meine Ausführungen konnten das eine oder andere erhellen, und stehe gegebenenfalls für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Beat Weber

**Mag. Dr. Beat Weber**

Expert

Abteilung Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen

Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

T:+43(0)1 40420-5324

F:+43(0)1 40420 04-5324

[beat.weber@oenb.at](mailto:beat.weber@oenb.at)

[www.oenb.at](http://www.oenb.at)

Diese E-Mail kann vertrauliche Informationen enthalten und irrtümlich an Sie gelangt sein. In diesem Fall informieren Sie bitte sofort die Absenderin bzw. den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail oder von Teilen dieser Mail sind nicht gestattet.

Herrn  
Dr. Beat Weber  
Oesterreichische Nationalbank  
Otto Wagner Platz 3  
A 1090 Wien

Re: Vollgeldidee, Angebot einer Zusammenarbeit; Ihr Brief vom 8.6.2017

28.06.2017

Sehr geehrter Herr Dr. Weber,

für Ihre ausführliche Antwort auf die Initiative der Monetative Austria möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Auch für das angenehme und interessante Gespräch am 26.6.

Gleich zu Beginn meines Antwortschreibens möchte ich feststellen, dass wir uns beide um die Stabilität des, wie Sie es nennen, gemischtwirtschaftlichen Systems, sorgen. Wir haben auch ein gemeinsames Verständnis darüber, dass dieses System durch die Arbeitsteilung zwischen dem Souverän, der hoheitlich agiert, und dem spontanen Verkehr der Wirtschaftsakteure gekennzeichnet ist, und beide Seiten, vor allem aber die Wirtschaft unter der Voraussetzung fundamentaler Unsicherheit operieren.

Unterschiedliche Positionen nehmen wir ein bei der Frage, ob das bestehende System und das auf dieses System abgestimmte Regelwerk geeignet sei, oder ob ein Umbau insbesondere des Geldschöpfungsmechanismus erforderlich wäre, um eine hinreichende Stabilität zu erreichen.

In meiner Antwort beziehe ich mich sowohl auf Ihren Brief vom 8.6.2017 als auch auf Ihr Paper, das Sie 2013/4 in der Zeitschrift für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlicht haben und darin sowohl das Vollgeld- als auch das Bitcoin-Konzept aus Ihrer Warte kommentieren.

Bei der Rechtfertigung des gegenwärtigen Systems/Regelwerkes und bei Ihrer Kritik des Vollgeldkonzepts greifen Sie auf Argumente zurück, die zwar im moderneren Mainstream weit verbreitet sind, die aber, wie wir glauben, auf Missverständnissen beruhen. Wohltuend empfinde ich, dass Sie grundsätzlich oder konsequent argumentieren. Das erlaubt mir, auch Ihnen grundsätzlich zu antworten.

Zunächst einmal zu Grundsätzlichem, wobei Wiederholungen zu meinem Schreiben vom 18.5.2017 nicht ganz zu vermeiden sind:

1. Geld hat sich über die Geschichte seiner Entwicklung dematerialisiert und ist in seine „reine“ Funktion hineingewachsen. Daher ist auch elektronisches Geld das praktischste aller Gelder. Geld ist also Fiat- bzw. Zeichengeld geworden. Um aber das zu werden, braucht Geld einen geeigneten institutionellen Rahmen – und die entsprechenden technischen Voraussetzungen. Die Dematerialisierung des Geldes, die den Verkehr der Akteure erleichtert, musste mit der Bildung ordentlicher Staaten einhergehen. Dazu müsste allerdings noch eine ordentliche Verfassung der Geldschöpfung kommen. Bestimmte früher die Natur die Knappheit des Geldes, so kann bei dematerialisiertem Geld (Fiat-Money) nur die Gemeinschaft, d.h. deren Repräsentant, dafür einstehen. Die Befreiung von Materie muss durch eine feste Hand des Souveräns kompensiert werden.
2. Geld ist ein Etwas, womit man „fast“ alles, bei jedem, wann und wo auch immer kaufen kann – in einem bestimmten körperschaftlich abgegrenzten Gebiet. Geld ist virtuelle Sache mit endgültig schuldbefreiender Wirkung. Es ist klar, dass die Existenz mehrerer Gelder nebeneinander Komplikationen verursacht (auch die von Geld und Ansprüchen auf Geld). Der Staat kann nur für ein Geld, das gesetzliche Zahlungsmittel, einstehen.
3. Zeichengeld gestattet die Herstellung ex nihilo. „Man“ erzeugt Symbole, die Kaufkraft darstellen. Es bietet daher die Möglichkeit der einseitigen „Bereicherung“. Wer es auch immer betreibt, hat hier ein Privileg, das prinzipiell nur dem Souverän zustehen kann. Privaten – selbstverständlich auch Geschäftsbanken – kann dieses Vorrecht nicht zustehen. Wie schon argumentiert wurde, verletzt die private Herstellung von Zahlungsmitteln den Gleichheitsgrundsatz und wirkt dysfunktional.
4. Gegen den Missbrauch, die im Fiat-Money angelegt ist, bedarf es entsprechender Vorkehrungen, die an anderer Stelle ausführlich diskutiert wurden.
5. Wirtschaft ist durch das Prinzip der Knappheit gekennzeichnet. There is no free lunch. Die einzige Ausnahme ist die Geldschöpfung (von Zeichengeld). Geldschöpfung ist sozusagen ein außerökonomischer Akt. Als Kauf- oder Tauschmittel – alle anderen Funktionen folgen aus dieser Funktion – ist Geld also eine Sache, die ewig umlaufen kann.
6. Die weitverbreitete, gerade in der Heterodoxie verbreitete Idee, Geld mit Kredit zu verbinden, oder gar Geld als Kredit zu qualifizieren, widerspricht dem Wesen des Geldes. Die Verbindung von Geld mit Kredit ist historisch bzw. funktional durchaus verständlich, schließlich fiel Geld als entwickelte Einrichtung, so wie wir es heute verwenden können, nicht vom Himmel. Geld herzustellen war früher teuer, und die Verwendung metallischen Geldes unbequem; Schuldscheine, Wechsel und andere Papierformen waren daher ein praktischer Ersatz, der aber von dem, was man für das eigentliche Geld hielt, immer unterscheidbar war. Und auf das kommt es an. Heute, unter Fiat-Money Bedingungen kommt die Verbindung von Geld und Kredit dadurch zustande, dass private Wirtschaftssubjekte Geld schöpfen und es, weil sie privat sind, als Kredit oder über Kauf von Gütern in Umlauf bringen – nicht als Geschenk oder bloß durch ein „Zurverfügungstellen“.

Fiat-Money- „creation“ gehört aber in die Hand der „Monetative“, die es der Exekutive nach Maßgabe der Legislative zur Verfügung stellt, welche es über Staatsausgaben, d.h. über Einkäufe aus dem Publikum in Umlauf bringt (und damit direkt effektive Ersthochfrage ausübt).

7. Die Schöpfung von Geld durch Private – in Geschäftsoperationen zwischen Banken und Publikum – wird nun nicht als Skandal empfunden, der er ist, sondern im Gegenteil, das Faktische wird sogar zur Norm erhoben. Entsprechend wird Geld umgedeutet – von einer Sache, die sich zum Kauf eignet zu einem Forderungstitel. (dazu Dietz 2016, 2017) Weber (2013: 77) stilisiert den Vorgang der Geldschöpfung durch Kredit sogar zu einer Art Tausch, deren Sinn darin bestünde, eine Korrespondenz zwischen Geld und Leistungsvermögen herzustellen. Dass Geldschöpfung durch Banken auch durch Assetkäufe betrieben wird, wird dabei gerne verschwiegen. (Eine Ausnahme aber die Bundesbank 2015: 79.) Mit dieser Umdeutung werden nicht nur die Tatsachen auf den Kopf gestellt, sondern ein sich instabiles System als wirtschaftliche Notwendigkeit und ultima ratio dargestellt. Gegen diese, auch in der Literatur weitverbreitete Umdeutung muss u.a. folgendes eingewendet werden:
  - a. Geld ist schon deshalb keine Forderung, weil man Käufe nicht von jemanden erzwingen kann. Vor allem aber: Dem geschöpften Geld muss kein konkreter Schuldner oder eine konkrete Sache (Vermögenswert) gegenüberstehen.
  - b. Daher muss Geld nicht „konkret“ „gedeckt“ sein. Die in einem Währungsraum existierende Geldmenge muss nur *allgemein* durch die im Währungsraum erbringbaren Leistungen eine Entsprechung haben. Die FED stellt dies mit folgendem Satz klar: „Federal Reserve notes ... *receive no backing by anything*. This has been the case since 1933. The notes have no value for themselves, but for what they will buy. In another sense, because they are legal tender, *Federal Reserve notes are "backed" by all the goods and services in the economy.*“  
(<https://www.treasury.gov/resource-center/faqs/Currency/Pages/legal-tender.aspx>)
  - c. Aus diesem Grund muss Geld makroökonomisch auch nicht bilanziert werden. Es ist sinnwidrig und ein Relikt aus der Golddeckung, die Geldbasis als Schuld der Zentralbank an das Publikum zu verbuchen, wie es derzeit noch geschieht.
  - d. Da Giralgeld genauso wie Bares Kaufmittel ist, muss das gleiche Prinzip auch für dieses „Geld“ gelten. Nur die Tatsache, dass es von Privaten geschöpft wird, führt dazu, dass es bilanziert wird, dass es also zu einer Art von Tausch stilisiert werden kann. Damit aber werden zwei völlig unterschiedliche Vorgänge miteinander verknüpft und vermischt: die Geldschöpfung und eine Kreditvereinbarung.
  - e. Mit der Deckung von neuem Geld durch neu geschaffene Vermögenswerte kann es im jetzigen System der Geldschöpfung nicht weit her sein. Denn im gegenwärtigen System der vorwiegend privat betriebenen Geldschöpfung (und auch die Zentralbanken verhalten sich noch etwas wie Geschäftsbanken – dazu Gocht 1975) werden Vermögensansprüche generiert, welche das Leistungspotential der Wirtschaft grotesk überfordern. (Dietz 2007, 2016) Die Finanzkrise



ist in Wirklichkeit eine Überforderungs- bzw. Überschuldungskrise. Typisch für die heutige Situation ist eben, dass die Vermögensansprüche nicht mehr durch das Leistungspotential der Wirtschaft „gedeckt“ sind.

- f. Hinzu kommt: Banken und Publikum schöpfen bei „guter Laune“ Geld und entziehen dem Kreislauf das Geld, wenn sich die Aussichten verdüstern. Eine vernünftige systemische Korrespondenz muss man sich wohl anders vorstellen.
8. Unter Vollgeldbedingungen wäre Geld hinreichend oder jedenfalls viel besser gedeckt. Erstens wäre die gesamte Geldmenge (M1) im Sinne obiger Definition durch das potentielle Waren- und Leistungsangebot *allgemein gedeckt* (mathematisch drückt das die Quantitätsgleichung ganz gut aus); zweitens würden die Geschäftsbanken bei Kreditvergabe nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmanns handeln (gegen entsprechende Sicherheiten; das Projekt muss Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg haben), so dass für eine *konkrete Deckung* gesorgt wäre. Drittens würde das Unterbinden der Geldschöpfung von Seiten der Geschäftsbanken diesen die Zufuhr des Treibstoffes abschneiden, womit diese oft unsinnige Finanzgeschäfte betrieben und die Gesellschaft allgemein überforderten und noch immer überfordern. Viertens würde die Geldschöpfung und Vernichtung nicht pro- sondern könnte antizyklisch sein.
9. Da die Geldschöpfung unter Fiat-Money-Bedingungen beliebig hoch sein kann, gibt es keinen Grund für eine makroökonomische Geldverknappung. Es gibt aber auch keinen Grund, einer unabhängigen Währungsbehörde („Monetative“) hinsichtlich ihrer Fähigkeit, Geld hinreichend knapp zu halten, zu misstrauen.
10. Der „Monetative“ darf auch unterstellt werden, dass sie in der Lage ist, Hortungsvorgänge durch Geldmengenausweitungen auszugleichen, bzw. die Motivation zu Hortung durch mäßige Inflation zu reduzieren. Mikroökonomisch sollten Geldknappheiten über den Geldmarkt – Geld ist das liquideste aller Assets – vermieden werden können. Außerdem ist die Sparneigung hoch, die Investitionsneigung infolge der Wachstumsschwäche gering. Zu erwartende Geldüberhänge werden Druck auf das Zinsniveau ausüben. Die den Banken dann fehlende Seigniorage kann allerdings zu Gebührenerhöhungen führen. Insgesamt aber würde das Geldgeschäft ehrlicher werden.
11. Der Geldschöpfungsgewinn geht den Gelderzeugern zu, das sind vor allem die Geschäftsbanken, die ihn aber auch über den Konkurrenzprozess mit ihren Kunden teilen. Der Souverän, welcher die Geldschöpfung Privaten überlässt, verzichtet auf die Seigniorage, muss aber für die Stabilität des Geldsystems sorgen und die Banken, die durch die Geldschöpfung zu unsinnigen Spekulationen verführt werden, noch mit Steuermitteln retten. Ein schlechter Deal, auf den die OENB aufmerksam zu machen nicht müde werden sollte, was sie aber unterlässt, solange sie sich als Bank der Geschäftsbanken – wie Sie schreiben: „Spitzeninstitut des Bankensystems“ – fühlt. Der Staat soll einen Rahmen schaffen, der dem Publikum das Geschäfte machen erleichtert. Aber er muss verhindern, dass die Art der Geschäfte ihn in Geiselnhaft nimmt.

12. Kredit sollte kein Geld erzeugen, sondern vorhandenes Geld verwenden. Es kann mit einer bestehenden Menge an Geld fast jede Höhe an Krediten zustande kommen. Die Verschuldung/Vermögensbildung innerhalb der Bürgergesellschaft soll getrennt sein vom hoheitlichen Prinzip der Geldschöpfung (als einem außerökonomischen Akt). Die Vermengung der beiden Ebenen ist systemgefährdend, die Vermischung von Geldschöpfung und Kreditvergabe in der Theorie des Geldes höchst bedauerlich.

Daneben kursieren in der Öffentlichkeit, ja sogar unter Wirtschaftswissenschaftlern oder sogar in Bankkreisen ganz andere Auffassungen, etwa dass Banken nur Geldvermittler seien. Mit dieser Auffassung wird die Geldschöpfung durch das Geschäftsbankensystem völlig gelehnet. Falsche Theorien erzeugen Illusionen. Unklarheiten in der Theorie bringen Verwirrung. Die Verletzung der oben genannten Prinzipien führt zu schwerwiegenden funktionalen Defiziten. Es ist also alles andere angesagt als ein institutionalisierter Pragmatismus, wie ihn die Zentralbanken seit langem pflegen.

Wir haben daher eine Öffnung der Diskussion vorgeschlagen, und suchen mit der OENB einen geeigneten organisatorischen Rahmen. Es ist ein „Zuruf“ an die OENB und die anderen Zentralbanken, von denen wir eine positive Reaktion erwarten. Die Geldangelegenheiten sind zu wichtig, als sie nur Zentralbanken, die beachtlichen Zwängen ausgesetzt sind, und einer, wie man leider sagen muss, diesbezüglich sterilen Akademia zu überlassen. Die Fehlleistungen des Finanzsystems sind eine der Gründe für die allgemeine Politikverdrossenheit und Unsicherheit. Das kann in einer weiteren Krise verheerende Folgen haben. Die Zentralbanken sollten sich auf diese Situationen gezielt vorbereiten. Dazu gehört eine gediegene Auseinandersetzung mit ernsthaften Alternativen.

Im Folgenden möchte ich mich mit einigen Ihrer Thesen befassen, die wir als Vollgeld-Befürworter so nicht stehen lassen können, sei es, dass sie den oben genannten Thesen zuwiderlaufen, sei es, dass Sie dem Vollgeldsystem aus Ihrer Sicht Effekte zuordnen, die es gar nicht haben kann, oder sei es, weil sie den maßgeblichen Vollgeldvertretern Äußerungen unterschieben, die diese nie getan haben.

1. Sie unterstellen dem Vollgeldkonzept, dass es Akteuren verbieten müsse, auch mit Forderungstiteln (Sichtguthaben) anstatt mit gesetzlichen Zahlungsmitteln zu bezahlen. Für uns Vollgeldvertreter ist das Prinzip der Vertragsfreiheit essentiell. (Daher ordnen Sie das Vollgeldkonzept auch korrekt in einen ordoliberalen Kontext ein.) Die Menschen sollen frei in der Vertragsgestaltung sein. Wenn beide Partner es so wollen, kann man bezahlen womit auch immer. Aber wir sind gegen ein System, das Forderungstitel (Sichteinlagen) mit Geld gleichsetzt und, obwohl beide ökonomisch unterschiedlich sind, eine Fiktion der Gleichheit erzeugt, das Risiko des Scheiterns dieser Gleichsetzung aber auf die Gesellschaft ablädt. Banken mögen „Spezialistinnen für Vertrauen“ sein, aber sie haben sich zu Spezialistinnen für diese große und auch andere Täuschungen entwickelt. Märkte bewerten Unterschiedliches normalerweise unterschiedlich. Unseres Erachtens soll der Staat die Erzeugung von „Fakes“ unterbinden. Wer früher mit Wechseln bezahlte,

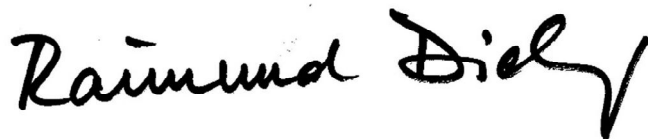
hat mehr bezahlt, als wenn er mit Barem ausglich. Auch die früher noch von verschiedenen Geschäftsbanken ausgegebenen Banknoten waren noch voneinander unterscheidbar. Aber bei Giralgeld kann man nicht mehr unterscheiden, von welcher Bank es kommt. Transparenz gehört auch zur Ordo-Liberalität.

2. Ihre Behauptung ist nicht richtig, dass die Vollgeldvertreter, allen voran Joseph Huber, behaupten, dass die Einführung des Vollgeldsystems Bank-Runs vollkommen verhindern würde. Wir sind nur der Überzeugung, dass ein Bank-Run unwahrscheinlicher würde, bzw. dass unter Vollgeldbedingungen ein Bank-Run weniger schädliche Auswirkungen hätte. Durch eine „Beschränkung der Zahlungsmittelmenge“ werden solche Krisen nicht ausgeschlossen, aber die Enttäuschungsanfälligkeit von Entscheidungen würde reduziert, denn die Unterbindung von Geldschöpfung durch Geschäftsbanken würde hypertrophe Auswüchse wesentlich einschränken. Da die Banken Fristentransformation leisten (müssen) und dies ein riskantes Geschäft ist, stellen wir uns nicht gegen jede Art von Einlagensicherung (Ihr Paper 2013).
3. Sie sind nicht der Einzige, der dem Vollgeldkonzept Zentralismus vorwirft. Siehe auch Schulmeister 2016. Dieser Vorwurf ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Bestünde er zu Recht, dürften Sie das Vollgeldkonzept im Übrigen auch nicht als ordoliberal einstufen (Weber 2013). Die These, die Monopolisierung der Geldschöpfung impliziere, dass der Staat als Monopolanbieter aller Güter und Leistungen im betreffenden Währungsraum auftreten müsse, entbehrt jeglicher Grundlage. Dem Vollgeldkonzept zufolge soll der Souverän nur die Geldmenge „monopolistisch“ (aber demokratisch legitimiert) bereitstellen. Die Geldverwendung ist dezentral, und durch dezentrale Operationen (Kauf/Verkauf und Sparen/Kredit) würde die Geldmenge nicht tangiert. Das Vollgeldkonzept entspricht „voll“ den liberalen Grundwerten einer Bürgergesellschaft. Es macht diese auch funktionstüchtiger.
4. In Ihrem Paper 2013 sprechen Sie auch die Schwierigkeit an, die Geldmenge zu bestimmen. Wie schon J. St. Mill wusste, ist das in der Tat ganz unmöglich – denn, rein theoretisch, tut´s ja jede Geldmenge. Aber die Schwierigkeit verschwindet, wenn man nur die Veränderung der Geldmenge aus einer konkreten historischen Sicht ins Auge fasst, in welcher das Preisniveau und die Zahlungsgewohnheiten gegeben sind. Diese ändern sich nicht von Tag zu Tag, oder nur in heftigen Krisen, die es zu vermeiden gilt. Eine einigermaßen passende (potentialorientierte) Geldmengenveränderung zu bestimmen, sollte nicht allzu schwierig sein. (Ich würde auch für eine in gewissem Umfang diskretionäre Geldpolitik votieren.)
5. Ihren Zweifel an der Effektivität von Konjunkturpolitik im Vollgeldsystem kann ich so nicht nachvollziehen. Zusätzliche Geldschöpfung ist zusätzliche effektive Erstanfrage. Zusätzliches Horten kann notfalls durch zusätzliche effektive Nachfrage kompensiert, deflationäre Wirkungen konterkariert werden. Zusätzliche Geldschöpfung im jetzigen System kann irgendwo landen, derzeit vor allem in Vermögenmärkten.
6. Im letzten großen Absatz bestreiten Sie pauschal den Sinn und die Möglichkeit einer Geldreform (Geldschöpfungsreform?) und behaupten, dass ausreichend technische Instrumente verfügbar seien, um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in

einer auf Privateigentum und -initiative basierenden Wirtschaft zu beeinflussen. Diese Behauptung läuft auf eine pauschale Verleugnung zahlreicher, schwerwiegender und inzwischen wohldokumentierter Finanzkrisen hinaus; vor allem auf eine Verleugnung der Erfahrung, welche die Zentralbanken in den letzten 10 Jahren machen mussten. Sie wurden überrascht und operieren heute mit Instrumenten, die vor wenigen Jahren noch ganz undenkbar waren. Ihre Behauptung läuft auch auf eine pauschale Abwehr von Reformvorschlägen hinaus.

Ich verstehe die von uns vorgeschlagene Vollgeldreform als institutionelle Maßnahme, die vom Bürgerstaat als Antwort auf die Umstellung von metallischem Geld auf Fiat-Money, also auf die Dematerialisierung des Geldes, längst fällig ist. (Das metall-basierte Geld provozierte die ihm eigenen Ausweichmanöver, welche die (mit der Wirtschaftstheorie weitgehend unverbundene) Geldtheorie lange Zeit beschäftigte.) Dieser Gestaltungsaufgabe ist der Souverän bisher nicht nachgekommen; sie wird von der herrschenden Doktrin, die paradoxerweise gerade von Heterodoxen verbreitet wird, obstruiert. Daher nochmal der Appell auf eine Öffnung der Diskussion, die im informierten Publikum am besten unter Mitwirkung verschiedener Wissenschaftsdisziplinen zu führen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Raimund Dietz

Dr. Raimund Dietz  
Mitgründer der Monetative Austria  
[www.monetative.at](http://www.monetative.at)

Fehnerweg 5  
A 2380 Perchtoldsdorf

Wir verweisen auch auf folgende Webseiten: [www.monetative.de](http://www.monetative.de); [www.vollgeld.de](http://www.vollgeld.de); [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch); [www.positivemoney.org](http://www.positivemoney.org); [www.internationalmoneyreform.org](http://www.internationalmoneyreform.org)

## Literaturhinweise:

- Bundesbank, Deutsche. *Geld und Geldpolitik*. Frankfurt/M.: Download aus Bundesbank, 2015.
- Dietz, Raimund. „Die Explosion der Vermögensansprüche – zur Krise des internationalen Finanzsystem,“ [www.monetative.at/downloads/Reformen und Finanzmarktentwicklung](http://www.monetative.at/downloads/Reformen_und_Finanzmarktentwicklung). 2006.
- . *Geld und Schuld - eine ökonomische Theorie der Gesellschaft*, 5. überarbeitete Auflage. Marburg: Metropolis-Verlag, 2016.
- . *Tausch: Stolperstein (nicht nur) der Keynes'schen Ökonomik*. 3 2017. [www.raimunddietz.com/downloads](http://www.raimunddietz.com/downloads).
- Gocht, Rolf. *Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung*. Berlin: Duncker & Humblot, 1975.
- Huber, Joseph. *Das heutige Geldsystem mit gesplittetem Kreislauf von Reserven und Giralgeld - Funktionsweise, Dysfunktionen und Ausblick*. [www.vollgeld.de/das-heutige-geldsystem](http://www.vollgeld.de/das-heutige-geldsystem), 2016.
- . *Monetäre Modernisierung*. Marburg: Metropolis, 2013.
- Huber, Joseph. „Vollgeld in der Kritik.“ <https://www.dropbox.com/s/h1hbirwin2usxuf/Vollgeld%20in%20der%20Kritik%20PDF.pdf?dl=0>. Berlin, 10 2014.
- Schulmeister, Stephan. „Das "Vollgeldsystem" - Notwendige Reform oder gefährliches Allheilmittel.“ Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut, WIFO Working Paper 2016/518, auch: <http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/downloadbereich>, Wien, 2016.
- Weber, Beat. „Ordoliberalere Geldreform als Antwort auf die Krise? Bitcoin und Vollgeld im Vergleich.“ *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung (DIW)*, 2013: 73-88.